

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Kreisstadt Groß-Gerau	
Gremium:	Planungs-, Umwelt,- und Stadtentwicklungsausschuss	
	Nr. 13/2016-2021	
Sitzung am:	07.12.2016	
Sitzungsort:	Dorfgemeinschaftshaus Berkach, Dornheimer Straße 10, 6451 Groß-Gerau	
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:50 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen. Die Anwesenheitsliste ist als Anlage zum Protokoll genommen. Entschuldigungen sind darin vermerkt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Groß-Gerau 2020, Stadtentwicklung
- 4.1 Kreisstraße K 160 am Ortseingang Berkach - Mittelinsel als Querungshilfe
Vorstellung des Projekts durch Hessen Mobil.
- 4.2 Wohnen
- 4.3 Umwelt und Energie
5. Haushalt 2017 für den Bereich Planung, Umwelt, Stadtentwicklung
- 5.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2017
- Anträge der Fraktionen
- Beratung und Beschlussfassung
- 5.2 Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2017
- Anträge der Fraktionen
- Beratung und Beschlussfassung
- 5.3 Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017
- Anträge der Fraktionen
- Beratung und Beschlussfassung
6. Baugesuche
7. Anträge auf naturschutzrechtliche Genehmigung
8. Anfragen und Mitteilungen
9. Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 1.

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Ausschussvorsitzender Jürgen Schulz eröffnet die Sitzung und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Ladung fest.

Tagesordnungspunkt 2.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Schulz stellt Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 3.

Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Da keine Einwendungen zum Protokoll der letzten Sitzung vorliegen, gilt dieses als genehmigt.

Tagesordnungspunkt 4.
Groß-Gerau, 2020, Stadtentwicklung

Tagesordnungspunkt 4.1
Kreisstraße K 160 am Ortseingang Berkach - Mittelinsel als Querungshilfe
Vorstellung des Projekts durch Hessen Mobil.

Bürgermeister Sauer führt in das Thema ein und erläutert die vorgesehenen Maßnahme.

Herr Schwamb von Hessen Mobil stellt die Planung anhand einer Präsentation vor.

Bürgermeister Sauer weist darauf hin, dass mit dieser Maßnahme kostengünstig eine Verkehrsberuhigung geschaffen werden kann.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Die Fraktionen sprechen sich für die Maßnahme aus.

Die Präsentation soll dem Protokoll beigelegt werden.

Tagesordnungspunkt 4.2
Wohnen

Auf die Frage von Bürgermeister Sauer erklären sich die Fraktionen mit der Darstellung der Verwaltung einverstanden.

Tagesordnungspunkt 4.3
Umwelt und Energie

Stadtv. Dr. Wahrig-Burfeind berichtet aus der Verbandsversammlung des Schwarzbachverbandes Ried.

Tagesordnungspunkt 5.
Haushalt 2017 für den Bereich Planung, Umwelt, Stadtentwicklung

Die Beratung und Beschlussfassung zu den Anträgen zu den Punkten 5.1 bis 5.3 wird gemeinsamen aufgerufen.

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 01 (vergibt Stadt)	Antragsteller: FDP-Fraktion
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☐ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 52 Produkt: 11101 Position:15	

Text:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung eines Ratsinformationssystems zur Erleichterung der Arbeit für die Gremien und mehr Transparenz für die Bürger und Bürgerinnen.

Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	134.000,- €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+10.000,- €
Somit neuer Ansatz	144.000,- €

Begründung

Den Stadtverordneten erleichtert es die Arbeit, Bürger und Bürgerinnen können über Recherche-Funktion Vorlagen und Beschlüsse ermitteln. Ein solches System kommt den erhöhten Ansprüchen der Bürger und Bürgerinnen an mehr Informationen sehr entgegen.

Bei der Beschaffung und Einrichtung sollte die Interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden, um Ressourcen zu schonen.

Stellungnahme des Fachamtes Personal und Zentrale Dienste und Parlamentsbüro:

Die Einführung eines Ratsinformationssystems bedarf der Akzeptanz aller ehrenamtlich Tätigen. Es müssten dafür zumindest tablets angeschafft und zur Verfügung gestellt werden, was wiederum mit weiteren Kosten verbunden wäre. Außerdem besteht nicht in allen Sitzungsräumen eine wlan-Verbindung.

Die Bürgerinnen und Bürger können die Einladungen und die Protokollen bereits jetzt im Internet einsehen. In den Sitzungen selbst liegen Zuhörervorlagen bereit.

Beratung gewünscht in :
(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA

☐ SozA

☒ PLUS

Der Antrag wird nicht behandelt, da er in den Bereich des Haupt- und Finanzausschusses gehört.

☒ HuFA

StvV

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 1 (vergibt Stadt)	Antragsteller: SPD
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen ☒ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt	
Haushalt Seite: 79 Produkt: 1107 – Grundstücks- und Gebäudemanagement Position: 11	
Text: Sperrvermerk auf Teilansatz 500 TEUR Wohnraumförderung (Neubau) aus 2.822 TEUR – siehe Auflistung des Ansatzes Seite 77	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	- 2.822.000€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	Sperrvermerk auf 500.000€
Somit neuer Ansatz	- 2822.000€
<u>Begründung</u> Bislang ohne Vorlage oder Diskussion. Freigabe des Sperrvermerks nach Vorlage des Konzeptes bzw. nach Vorstellung des Planvorhabens im PLUS . Alternative Verwendung als überfälligen Einstieg in die direkte Förderung des Sozialen Wohnungsbaus vorstellbar (Objektförderung, je WE). Weitere Erläuterungen erfolgen hier mündlich.	
Stellungnahme des Fachamtes:	
Beratung gewünscht in : (bitte unbedingt ankreuzen) ☐ KuSpA 29.11.2016 ☐ SozA 30.11.2016 ☒ PLUS 07.12.2016 Bei 3 Ja- und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt. ☒ HuFA 08.12.2016 StvV 13.12.2016	

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 2 (vergibt Stadt)	Antragsteller: KOMBI, CDU, Bündnis 90/Grüne
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen ☒ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt	
Haushalt Seite: 79 Produkt: 11107 Position: 8	
Text: Riedhalle Dornheim	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	- 2.822.000--€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+ 20.000--€
Somit neuer Ansatz	- 2.842.000---
<u>Begründung</u> An der frisch renovierten Riedhalle in Dornheim soll am Haupteingang ein Vordach installiert werden. Dies soll insbesondere dem Nässeschutz der Raucher/innen dienen. Die Verwaltung wird um Konkretisierung der Maßnahme gebeten und soll diese im PLUS vorstellen.	
Stellungnahme des Fachamtes:	
Beratung gewünscht in : (bitte unbedingt ankreuzen) ☐ KuSpA 29.11.2016 ☐ SozA 30.11.2016 ☒ PLUS 07.12.2016 Auf Grund der Diskussion wird der Antrag von den Antragstellern angepasst. Bei 6 Ja- und 3 Enthaltungen einstimmig zugestimmt. ☐ HuFA 08.12.2016 StvV 13.12.2016	

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 8 neu (vergift Stadt)	Antragsteller: FDP-Fraktion
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☒ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 167 Produkt: 36301 Position: 15	
Text: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass barrierearme Wege in der Innenstadt und bis zum Bahnhof durch passende Symbole (vergleichbar mit Fahrrad-Symbol) gekennzeichnet werden. Der dafür vorgeschlagene Betrag möge von der Verwaltung noch geprüft werden.	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	2.920,00 €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+ 500,00 €
Somit neuer Ansatz	3420,00 €
<u>Begründung</u> Gerade ältere Groß-Gerauer Bürger, die nicht mehr gut zu Fuß sind, Rollator- und Rollstuhlfahrern kann so die Teilhabe am öffentlichen Leben und das Finden von geeigneten Wegen erleichtert werden. So wird ein Leben ein Stück weit mehr selbst bestimmt.	
Stellungnahme des Fachamtes:	

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☒ SozA 30.11.2016

Bei 1 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

☒ PLUS 07.12.2016

Der Antrag wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 8 AA (vergibt Stadt)	Antragsteller: Bürgermeister
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☐ Teilergebnishaushalt ☒ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 177 Produkt: 36601 Position: 10	
Text: Für die Umsetzung der Maßnahme „Skateranlage“ sind weitere Mittel erforderlich	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	180.000,00 €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+50.000,00 €
Somit neuer Ansatz	230.000,00 €
<u>Begründung</u> + 20.000,00 € auf Grund der vorliegenden Angebote zur Umsetzung + 30.000,00 € unvorhergesehen Kosten für Erdaushub gemäß Bodengutachten	
Stellungnahme des Fachamtes:	

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☒ **KuSpA**

Bürgermeister Sauer erklärt, dass der Erdaushub, der bei den Arbeiten anfiel, zwar nicht schädlich sei, aber entsorgt werden müsse. Dies war im Vorfeld nicht absehbar und verursacht Mehrkosten von 30.000 Euro. Auch für die Asphaltdecke fallen Mehrkosten von 20.000 Euro an, so dass, wenn an dem Projekt Skateranlage festgehalten werden soll, eine Aufstockung von 50.000 Euro unabdingbar sind.

Ausschussmitglied Friedrich kündigt an, dass die SPD-Fraktion nicht zustimmen wird.

Die anderen Fraktionen signalisieren Zustimmung für das Projekt.

Bei 6 Ja- und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

☐ **SozA**

☒ **PLUS**

Bei 6 Ja- und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

☒ **HuFA**

StvV

Antrag zum Haushalt 2017

Antrag Nr. HH17- 9 (vergift Stadt)	Antragsteller: KOMBI, CDU, Bündnis 90/Grüne	
Bitte ankreuzen:		
☒	Haushaltsantrag	
☐	Sachantrag	
☐	Prüfantrag	
Bitte ankreuzen		
☒	Teilergebnishaushalt	
☐	Teilfinanzhaushalt	
Haushalt Seite: 193 Produkt: 42401 Sportstätten und Bäder Position: 15		
Text: Sperrvermerk auf 90.000€ für Beregnung Sportanlage		
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf		176.000,--€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	Sperrvermerk	90.000,--€
Somit neuer Ansatz		176.000,---

Begründung

Die Verwaltung wird aufgefordert darzulegen, ob es preisgünstigere Lösungen für die Beregnung im Sportpark gibt.

Aufhebung des Sperrvermerkes im PLUS

Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt:

- Kostenschätzung für notwendigen Arbeiten wurde durch eine Fachfirma erstellt
- hierbei wird die vorhandene Beregnung modernisiert, umgestellt auf elektronische Steuerung
- Ausführung der Arbeiten und Einbau der erforderlichen Materials (Regnerköpfe, Stromleitungen) erfolgt nach dem aktuellen Stand der Technik
- den Kostentreiber in dieser Maßnahme stellt die Erforderlichkeit der Stromzufuhr dar, welche im Sportpark durch die befestigte Tribüne und die befestigte Kampfbahn in einem Spülbohrverfahren getrieben werden muss
- Alternativ kann als günstigere Variante nur die manuelle Betrieb gesehen werden, welcher in heißen Sommermonaten kaum zu bewerkstelligen ist
- Es wird nach einer günstigeren Lösung gesucht. Der Sperrvermerk ist daher plausibel und könnte nach Vorstellung der Lösung im PLUS aufgehoben werden.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Einstimmig zugestimmt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017

Antrag Nr. HH17-**10**
(vergibt Stadt)

Antragsteller: Bündnis 90/Die Grünen

Bitte ankreuzen:

- ☒ **Haushaltsantrag**
☐ Sachantrag
☐ Prüfantrag

Bitte ankreuzen

- ☒ Teilergebnishaushalt
☐ Teilfinanzhaushalt

Haushalt Seite: 200
 Produkt: 51101
 Position:15

Text: Streichung der eingeplanten Gelder für die Bauleitplanung VfR/Jugendherberge

Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	-233 400€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+30 000€
Somit neuer Ansatz	-203 400€

Begründung

Es zeichnet sich ab, dass es nicht zum Bau der Jugendherberge kommen wird. Zudem sollten die Kosten für eine Bauleitplanung ggf. von den Vorhabenträgern (VfR/JH) getragen werden und nicht zulasten des städtischen Haushaltes gehen.

Stellungnahme des Fachamtes Stadtplanung und Bauverwaltung:

Wesentliche äußere Rahmenbedingungen für die beiden Projekte „VFR- Sportzentrum“ und „Jugendherberge“ sind auch Ende 2016 noch nicht geklärt (Standort, Programm, wirtschaftliche Grundlage, Planungsrecht, Inanspruchnahme angrenzender Grundstücke etc.).

„Sport-Jugendherberge“ an der Darmstädter Straße

Für die Realisierung dieses sehr umfangreichen Projektes wäre sehr wahrscheinlich eine Bauleitplanung erforderlich (Teilaufhebung B-Plan „Schulporthalle“, Umgestaltung des Straßenraums, Neuorganisation der angrenzenden Sportplätze etc.). Sollte dieses Projekt zustande kommen, ist zu erwarten, dass der Vorhabenträger/Investor auch die Kosten der Baurechtsschaffung übernimmt.

Das „VFR-Sportzentrum“, das sich nicht nur an VFR-Vereinsmitglieder wenden wird, hat seinen endgültigen Standort noch nicht gefunden. Aus städtebaulicher Sicht spricht vieles für den Standort „Gernsheimer Straße“ (Nähe zu den Kunststoffrasenplätzen, Nähe zu öffentlichem Parkraum, Lärmvorbelastung durch die Straßen etc.). Je nach Größe, genauer Lage und Konfliktpotential des Sportzentrums kann auch hier nicht ausgeschlossen werden, dass Planungsrecht erst durch einen Bebauungsplan geschaffen werden muss. Die Verwaltung geht davon aus, dass hier - im Gegensatz zur Jugendherberge - die Kosten zur Schaffung einer gesamtstädtisch wirksamen, im weitesten Sinne gemeinnützigen Einrichtung von der Stadt Groß-Gerau getragen werden sollen.

Fazit: Die beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro sollen im Haushalt 2017 als potentielle Reserve belassen werden.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Bei 6 Ja- und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 11 (vergibt Stadt)	Antragsteller: SPD
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☐ Teilergebnishaushalt ☒ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 225 Produkt: 54101 – Gemeindestraßen und sonstige Verkehrsflächen Position: 11	
Text: Einstieg in das Projekt „barrierefreie Innenstadt“ hinsichtlich einer barrierefreien Teilhabe von alten und behinderten Menschen im öffentlichen Raum. Hierzu sollen in einem ersten Schritt Straßen, Gehsteige, Plätze und Wege so gestaltet werden, dass „Stolperfallen“ und Hindernisse durch Maßnahmen wie Gehwegabsenkungen, Gestaltung von Straßenübergängen, Erreichbarkeit von Gebäuden und Plätzen usw. beseitigt werden. Hierfür sollen in einem ersten Schritt 100.000 Euro im Haushaltsjahr 2017 bereitgestellt werden. Die Kostendeckung hierfür erfolgt über Einsparungen beim Umbau Kita Steinstraße- Außenanlage 52.000 Euro, Ausstattung 20.000 Euro, Gartenhütte 8.000 Euro sowie Reserve für Unvorhergesehenes 20.000 Euro.	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	- 1.025.000€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+ 100.000€
Somit neuer Ansatz	- 1.125.000€
<u>Begründung</u> Seit Jahren befindet sich die Innenstadt im öffentlichen Raum – Straßen, Wege, Plätze und Gehwege in einem nicht barrierefreien Zustand. Dies wurde durch den Seniorenbeirat, Behindertenverbände und Schulklassen, die die Innenstadt hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe von alten und behinderten Menschen überprüften, mehr als bestätigt. Das o.a. Projekt soll als Einstieg in eine verantwortungsvolle und an der Teilhabe aller Menschen in Groß-Gerau orientierten Politik gesehen werden. Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.	

Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt:

Bei Neubau- und Umgestaltungsmaßnahmen (Vorplatz Bahnhof Groß-Gerau/Sudetenstr., Römerkreisel) wird grundsätzlich auf eine richtlinienkonforme barrierefreie Gestaltung des Straßenraums geachtet und so sukzessive im Stadtgebiet umgesetzt.

Markante Einzelfälle können der Stadt gemeldet werden.

Eine Finanzierung über Einsparungen beim Umbau Kita Steinstraße wird vom Fachamt nicht befürwortet.

Stellungnahme des Fachamtes Familie und Soziales:

Nach Ansicht des Amtes Familie und Soziales haben die Maßnahme „Barrierefreiheit“ und „Kita Steinstraße“ beide das Ziel, Menschen - ob klein, groß, alt, jung, gehandicapt oder nicht, in ihrer Mobilität zu unterstützen. Eine Absenkung der Aufwendungen für das Außengelände und die Ausstattung der Kita Steinstraße mindert die Qualität in der Einrichtung.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☒ SozA 30.11.2016

Bei 3 Ja- und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

☒ PLUS 07.12.2016

Bei 3 Ja- und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017

Antrag Nr. HH17-**11 A**
(vergibt Stadt)

Antragsteller: FDP-Fraktion

Bitte ankreuzen:

☒ **Haushaltsantrag**

☐ Sachantrag

☐ Prüfantrag

Bitte ankreuzen

☐ Teilergebnishaushalt

☐ Teilfinanzhaushalt

Haushalt Seite: 244

Produkt: 55101

Position:15

Text:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erforderliche Sanierung der Wege auf dem Friedhof Klein-Gerauer-Straße.

Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	16.400,-€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	100.000,- €
Somit neuer Ansatz	116.400,-€

Begründung

Mit Ausnahme des Hauptweges zur Friedhofskapelle sind fast alle Wege nicht befestigt. Dies führt bei Regenwetter zum Aufweichen der Böden, sodass das Betreten mit normalen Straßenschuhen eine Zumutung darstellt. Die teilweise mit Split belegten Wege, die durch die Anlage führen, sind für Rollstuhlfahrer und Besucher mit Gehhilfen sehr beschwerlich oder gar nicht zu begehen. Eine mineralische Deckschicht mit beidseitig gepflasterten Rinnen würde das Oberflächenwasser gezielt abführen. Der Pflegeaufwand wird geringer.

Zudem werden die Wege mit Kleintraktoren befahren, wodurch die Wege zudem beschädigt werden. Hierdurch entstehen Mulden und bei Regen füllen sich diese mit Wasser.

Für die Finanzierung sind Mittel aus dem Kommunalinvestitionsprogramm zu prüfen bzw. ist die Finanzierung durch Mehreinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln der Einkommenssteuer zu prüfen. Es wird mit Mehreinnahmen in 2017 mit 5,7 % gerechnet (Hessische Städte- und Gemeindebund – Eildienst Nr. 7, Seite 6).

Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt:

Mineralische Deckschicht / wassergebundene Decke ist vorhanden.

Rinnen müssten das Wasser irgendwo hin ableiten, d.h., es müsste ein Kanal gelegt werden und Abläufe eingebaut werden.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA

☐ SozA

☒ PLUS

Bei 1 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

☒ HuFA

StvV

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 12 (vergift Stadt)	Antragsteller: Bündnis 90/Die Grünen
Bitte ankreuzen:	☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag
Bitte ankreuzen	☒ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 244 Produkt: 55101 Position: 15	
Umsetzung und Förderung des Projektes Baumpatenschaften (Antrag 21/2015)	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	-16 400€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	Sperrvermerk + 3000€ Aufhebung im PLUS
Somit neuer Ansatz	-19 400€
Für die Umsetzung des Projektes Baumpatenschaften sollen 3 000€ als Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.	
Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt: Eine ausführliche Stellungnahme zum Thema „Baumpatenschaften“ wurde zum Antrag Nr. HH17-14 abgegeben. Ein Programm für private Baumpatenschaften kann aufgrund fehlender Flächen nur räumlich und zeitlich begrenzt im Rahmen von konkreten Projekten in Groß-Gerau organisiert werden, beispielsweise im Rahmen von Straßenumbaumaßnahmen, bei denen bei der Neuordnung des ruhenden Verkehrs Baumpflanzungen und die Anlage von Baumscheiben erfolgen. Im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Scheidgraben-Aue in Dornheim, das momentan erarbeitet wird, werden u.a. auch Neupflanzungen geplant. Die Organisation von Baumpa-	

tenschaften am Standort Scheidgraben in Dornheim könnte im Rahmen dieses Projektes zeitlich und räumlich begrenzt im Zuge der Umsetzung des Konzeptes angeboten werden. Mittel zur Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Scheidgraben-Aue in Dornheim wurden im Finanzhaushalt für 2017 in Höhe von 100.000 € im Produkt 55101, Sachkonto 0962, bereits eingeplant. Die Verwaltung erachtet es als nicht erforderlich, weitere Mittel für Projektbestandteile wie ein Baumpatenschaften-Programm am Scheidgraben in 2017 vorzusehen.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Stadtv. Walther bittet, die zusätzlichen Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, da noch keine konkreten Kriterien für Baumpatenschaften vorliegen. Die SPD schließt sich diesem Vorschlag an. Die Antragstellerin ist damit einverstanden.

Einstimmig zugestimmt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

.Antrag zum Haushalt 2017

Antrag Nr. HH17-**13**
(vergibt Stadt)

**Antragsteller: KOMBI, CDU, Bündnis
90/Grüne**

Bitte ankreuzen: ☒ **Haushaltsantrag**
☐ Sachantrag
☐ Prüfantrag

Bitte ankreuzen ☒ Teilergebnishaushalt
☐ Teilfinanzhaushalt

Haushalt Seite: 244
Produkt: 55 101 Öffentliche Grünflächen und Parkanlagen
Position: 15

Text: Verstärkte Säuberung entlang des Mühlbaches im Bereich der Friedrich-Ebert-Anlage

Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	- 16.400,--€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+ 10.000,--€
Somit neuer Ansatz	- 26.400,---

Begründung :

Um die Wohn- und Erholungsqualität zu verbessern, soll in der Friedrich-Ebert-Anlage eine Verstärkte Säuberung insbesondere in den Bereichen zwischen Frankfurter Straße bis Mainzer Straße entlang des Mühlbaches erfolgen.

Folgende Maßnahmen sollen durchgeführt werden: Pflege der Uferbereiche, Freischneiden der Brombeere, Neupflanzen von Sträuchern und Bäumen.

Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt:

-nach Rücksprache mit dem Bauhof wird die Friedrich-Ebert-Anlage in Gänze 2x wöchentlich gesäubert. Eine Verstärkung der Säuberung und damit Verschiebung der Prioritäten der Reinigung der Örtlichkeiten, hat die Folge eine andere Örtlichkeit zu vernachlässigen; oder eine Aufstockung des Personals zu gewährleisten.

-es erschließt sich der Verwaltung nicht, was mit „Pflege der Uferbereiche“ gemeint ist und wo in diesen beengten Bereichen zwischen Frankfurter und Mainzer Straße noch Nachverdichtung der Bepflanzung erfolgen soll.

-zu berücksichtigen ist, dass bei Rückschnitt der Gehölze und Brombeeren sich dies zu einer Daueraufgabe entwickelt. Die freien Stellen werden sehr schnell durch Brombeeren oder Springkraut überwuchert. Der Einsatz von Wildkrautbeseitigungs-Mitteln verbietet sich aufgrund der Gewässernähe. Die Arbeiten können nicht durch den Betriebshof erledigt werden, müssen somit fremdvergeben werden und sind als Daueraufgabe zu sehen. Somit sind diese Mittel, nach Klärung der genauen Aufgabenstellung, dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Für die Antragsteller führt Frau Dr. Wahrig-Burfeind aus, dass die Aufenthaltsqualität verbessert werden soll (Spielgeräte, Bänke)

Auf bitte der Fraktionen wird die Abstimmung über den Antrag wird in die Stadtverordnetenversammlung vertagt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 17 (vergift Stadt)	Antragsteller: KOMBI, CDU, Bündnis 90/Grüne
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☐ Teilergebnishaushalt ☒ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 271 Produkt: 55 401 Naturschutz und Landschaftspflege Position: 8	
Text: Überprüfung der Baulichen Notwendigkeit	
Aufhebung des Sperrvermerkes im PLUS	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	- 135.000,--€
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	Sperrvermerk (- 135.000),--€
Somit neuer Ansatz	- 135.000,---
<u>Begründung</u> Die Verwaltung wird aufgefordert aufzuzeigen welche der Maßnahmen notwendig sind. Entweder soll der Feldweg ausgebaut werden, dann entfällt die Renovierung der Hanfgrabenbrücke, oder die Hanfgrabenbrücke wird renoviert, damit entfällt der Ausbau des Feldweges.	
Stellungnahme des Fachamtes Straßen, Verkehr, Umwelt: Der Schwerverkehr soll die Brücke auf dem zu sanierenden Feldweg umfahren. Auch wenn die Brücke nicht mehr durch Schwerverkehr beansprucht wird, sind Sanierungsmaßnahmen erforderlich, allerdings in wesentlich geringerem Umfang.	

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Einstimmig zugestimmt.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017

Antrag Nr. HH17-**18**
(vergift Stadt)

Antragsteller: Bündnis 90/Grüne, CDU, Kombi

Bitte ankreuzen: ☒ **Haushaltsantrag**
☐ Sachantrag
☐ Prüfantrag

Bitte ankreuzen ☒ Teilergebnishaushalt
☐ Teilfinanzhaushalt

Haushalt Seite: 288
Produkt: 57101
Position: 15

Text:
Kostenfreie Bereitstellung von WLAN in öffentlichen Gebäuden in der Kreisstadt und den Ortsteilen, Einrichtung von Hotspots sowie Initiative zur Bereitstellung von flächendeckendem Freifunk durch das in der Kreisstadt ansässige Gewerbe

Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	-57050 €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+10 000€
Somit neuer Ansatz	-67 050 €

Begründung

Im Bereich der Kreisstadt Groß-Gerau sollen an markanten Plätzen, z. B. vor dem Historischen Rathaus, am Sandböhl und auf dem Marktplatz Hotspots eingerichtet werden.

In den städtischen Liegenschaften wie Historisches Rathaus, Altes Amtsgericht, Stadthalle, Dorfgemeinschaftshaus Berkach, Dorfzentrum Wallerstädten und Riedhalle Dornheim soll freies WLAN zur Verfügung gestellt werden.

Für die Hotspots sowie für das WLAN sind jeweils 5000€ in den Haushalt einzustellen.

Außerdem soll die Verwaltung Kontakt zu den in der Kreisstadt ansässigen Gewerbetreibenden aufnehmen, um einen flächendeckenden Freifunk herzustellen.

Stellungnahme des Fachamtes Finanzen, Controlling, Wirtschaftsförderung:

Der Wirtschaftsförderung liegen Angebote für ein innerstädtisches WLAN vor. Dabei wurde zunächst der Bereich Marktplatz inkl. städtischer Einrichtungen (altes Amtsgericht, Stadthaus, Stadtmuseum und Bücherei) betrachtet. Die Wirtschaftsförderung tauschte sich mit dem Gewerbeverein Groß-Gerau und der IHK Darmstadt zur Thematik aus. Wegen der schwer überschaubaren Marktlage unterschiedlichster WLAN Produkte, gibt es noch keine Handlungsempfehlung seitens der IHK Darmstadt. Mit einem kostenfreien WLAN können Mehrwerte für Bürger und Gewerbe geschaffen werden (z.B. kombinierte Produkte, Stadt-App, online Marktplatz GG, Veranstaltungskalender). Das Gewerbe kann sich eine Beteiligung an der kostenfreien WLAN Nutzung vorstellen. Das Fachamt ist der Meinung, dass die finanziellen Mittel in Höhe von 10.000 Euro nicht ausreichen, da zusätzlich hohe Unterhaltungs- und Lizenzkosten zu erwarten sind. Neben dem Kostenfaktor gilt es die rechtlichen u. infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Umsetzung einer kostenfreien WLAN Lösung für die Kreisstadt erfordert weitere personelle Ressourcen, welche in 2017 nicht gegeben sind. Es bestehen grundsätzlich Möglichkeiten einer Re-Finanzierung durch die Unterstützung von geeigneten Partnern. Zur Zeit testet die IT ein Projekt in der Containeranlage am Sportpark und plant ein weiteres für das Jugendzentrum Wallerstädten mit „Freifunk Darmstadt“.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Einstimmig zugestimmt.

☒ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 18 A (vergibt Stadt)	Antragsteller: FDP-Fraktion
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☒ Teilergebnishaushalt ☐ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 288 Produkt: 57101 Position: 15	
Text: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Zugang zu WLAN z.B. an öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, im Umfeld des Krankenhauses in Groß-Gerau ermöglicht wird. Ein dafür notwendiges Budget ist von der Verwaltung noch festzulegen.	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	57.050 €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+10.000 €
Somit neuer Ansatz	67.050 €
<u>Begründung</u> WLAN kann Besucher in die Stadt führen. Für die Nutzer bietet sich damit eine wachsende Dichte an WLAN-Hotspots, die unter bestimmten Umständen auch kostenlos sein kann. WLAN-Hotspots sind für Stadt und Nutzer ein großer Vorteil. Denn der besondere Service zieht neue Kunden oder Passanten an und steigert ihre Verweildauer und die Attraktivität der Innenstadt. Für Nutzer sind kostenlose WLAN-Hotspots eine Möglichkeit, ohne Kosten für mobile Datenflrates unterwegs im Internet zu surfen. Das spart Geld und kann außerdem eine schöne Alternative sein, wenn Wartezeiten zu überbrücken sind. Der Nutzer muss sich mit den AGBs einverstanden erklären und kann dann kostenfrei über das städtische Wi-Fi surfen. Ein Contentfilter verhindert das Ansteuern von potenziell jugendgefährdenden Seiten. Die Stadt kann so als attraktiver Standort wahrgenommen werden.	

Stellungnahme des Fachamtes Finanzen, Controlling, Wirtschaftsförderung:

Der Wirtschaftsförderung liegen Angebote für ein innerstädtisches WLAN vor. Dabei wurde zunächst der Bereich Marktplatz inkl. städtischer Einrichtungen (altes Amtsgericht, Stadthaus, Stadtmuseum und Bücherei) betrachtet. Die Wirtschaftsförderung tauschte sich mit dem Gewerbeverein Groß-Gerau und der IHK Darmstadt zur Thematik aus. Wegen der schwer überschaubaren Marktlage unterschiedlichster WLAN Produkte, gibt es noch keine Handlungsempfehlung seitens der IHK Darmstadt. Mit einem kostenfreien WLAN können Mehrwerte für Bürger und Gewerbe geschaffen werden (z.B. kombinierte Produkte, Stadt-App, online Marktplatz GG, Veranstaltungskalender). Das Gewerbe kann sich eine Beteiligung an der kostenfreien WLAN Nutzung vorstellen. Das Fachamt ist der Meinung, dass die finanziellen Mittel in Höhe von 10.000 Euro nicht ausreichen, da zusätzlich hohe Unterhaltungs- und Lizenzkosten zu erwarten sind. Neben dem Kostenfaktor gilt es die rechtlichen u. infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Umsetzung einer kostenfreien WLAN Lösung für die Kreisstadt erfordert weitere personelle Ressourcen, welche in 2017 nicht gegeben sind. Es bestehen grundsätzlich Möglichkeiten einer Re-Finanzierung durch die Unterstützung von geeigneten Partnern. Zur Zeit testet die IT ein Projekt in der Containeranlage am Sportpark und plant ein weiteres für das Jugendzentrum Wallerstädten mit „Freifunk Darmstadt“.

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA 29.11.2016

☐ SozA 30.11.2016

☒ PLUS 07.12.2016

Von der Antragstellerin unter Hinweis auf Nr. 18 zurückgezogen.

☐ HuFA 08.12.2016

StvV 13.12.2016

Antrag zum Haushalt 2017	
Antrag Nr. HH17- 18 B	Antragsteller: FDP-Fraktion
Bitte ankreuzen: ☒ Haushaltsantrag ☐ Sachantrag ☐ Prüfantrag	
Bitte ankreuzen	☐ Teilergebnishaushalt ☒ Teilfinanzhaushalt
Haushalt Seite: 294 Produkt: 57301 Position:11	
Text: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Renovierung und energetische Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses in Berkach.	
Ursprünglicher Ansatz im Entwurf	0,00 €
Gewünschte Veränderung (plus oder minus angeben)	+200.000,- €
Somit neuer Ansatz	200.000,-€
<u>Begründung</u> Das Dorfgemeinschaftshaus in Berkach ist ein Treffpunkt von Berkacher Bürgern. Im Saal, dem eine Gaststätte angeschlossen ist, finden 200 Gäste Platz. Die Räumlichkeiten sind seit langer Zeit nicht renoviert worden und der Charme der 60iger Jahre geht dort noch um. Der Ort sollte auch in Zukunft attraktiv für Vermietungen von z.B. Familienfeiern und anderen größeren Veranstaltungen sein. Es sollte nicht nur eine Renovierung und Modernisierung des Gebäudes, der Räume, sondern auch eine energetische Sanierung erfolgen.	
Stellungnahme des Fachamtes:	

Beratung gewünscht in :

(bitte unbedingt ankreuzen)

☐ KuSpA

☐ SozA

☒ PLUS

Die Fraktionen sprechen sich für die Erhaltung und Sanierung aus, wobei die Tragweite der Maßnahme und die Zeit der Umsetzung noch zur Diskussion stehen, da andere Projekte wie Haus Raiß noch Priorität haben.

Stadtv. Mougoui bittet die Mittel als Anschubfinanzierung einzustellen.

Bei 1 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

☒ HuFA

StvV

Tagesordnungspunkt 5.1

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2017

- Anträge der Fraktionen

- Beratung und Beschlussfassung

Sach- und Rechtslage

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau stellte gemäß § 97 HGO am 29.09.2016 den Entwurf der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan, Stellenplan und Anlagen fest und brachte ihn am 11.10.2016 in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist in der Zeit vom 21.10.2016 bis 02.11.2016 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt, die öffentliche Auslegung gemäß § 6 der Hauptsatzung im Groß-Gerauer Echo am 20.10.2016 angekündigt und im Internet bekannt gemacht.

Stadtv. Martin teilt mit, dass sich seine Fraktion wegen noch offener Fragen bei der Abstimmung enthalten wird.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss beschließt unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge, gemäß § 97 HGO die Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan, Stellenplan und Anlagen für seinen Bereich.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Tagesordnungspunkt 5.2

Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2017

- Anträge der Fraktionen
- Beratung und Beschlussfassung

Sach- und Rechtslage

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau stellte gemäß § 92 HGO am 29.09.2016 den Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts 2017 fest und brachte ihn am 11.10.2016 in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss beschließt, unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge, gemäß § 92 HGO das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2017 für seinen Bereich.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Tagesordnungspunkt 5.3**Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017**

- Anträge der Fraktionen
- Beratung und Beschlussfassung

Sach- und Rechtslage

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau stellte gemäß § 101 HGO am 29.09.2016 den Entwurf des Investitionsprogramms 2017 fest und brachte ihn am 11.10.2016 in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Außerdem werden die Beschlüsse über die Fraktionsanträge und die zusätzlichen Änderungen der Verwaltung berücksichtigt.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss beschließt, unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge, gemäß § 101 HGO das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017 für seinen Bereich.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Tagesordnungspunkt 6.**Baugesuche**

Es liegen keine Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

**Tagesordnungspunkt 7.
Anträge auf naturschutzrechtliche Genehmigung.**

Es liegen keine Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

**Tagesordnungspunkt 8.
Anfragen und Mitteilungen**

- 8.1 Nutzungsänderung von Einzelhandel zu Gastronomie, Darmstädter Straße 2**
Der Ausschuss nimmt den zustimmenden Beschluss des Magistrats zur Kenntnis.
- 8.2 Dorfgemeinschaftshaus**
Bürgermeister Sauer gibt einen Sachstand zur künftig geplanten Nutzung. Bei einer Ortsbegehung zeigt er den Renovierungsbedarf des Objektes auf
- 8.3 Stellplätze Procter&Gamble**
Die LKW-Stellflächen der Firma Procter & Gamble werden angesprochen. Hier will Bürgermeister Sauer Kontakt mit der Geschäftsleitung aufnehmen.

**Tagesordnungspunkt 9.
Verschiedenes**

Jürgen Schulz
Ausschussvorsitzender

Karin Lochmann
Schriftführung